

KMU-FREUNDLICHKEIT ENTSCHIEDET – Knapp zwei Monate vor den Landratswahlen vom 31. März bringen die Baselbieter Gewerbe- und Industrievereine (GIV) «ihre» Kandidierenden in Stellung – unterstützt werden KMU-freundliche Persönlichkeiten.

Jetzt wird die Polit-Charta konkret



Unterzeichnung der Polit-Charta der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine am 22. August 2018 – (v.l.) Hansruedi Wirz (KMU Reigoldswil u.U.) und Roman Schneider (KMU Pratteln). Bild: Archiv

Für die Konferenz der Baselbieter Gewerbe- und Industrievereine (KGIV) steht fest, dass es dringlich ist, mehr KMU-freundliche Politikerinnen und Politiker in den Landrat zu wählen (siehe Interview mit KGIV-Präsident **Beat Huesler** auf der gegenüberliegenden Seite). Nur so kann den Anliegen der Baselbieter Unternehmerinnen und Unternehmer im Parlament angemessen Rechnung getragen werden.

Anstrengungen intensiviert

Um dieses Ziel zu erreichen, forciert die KGIV knapp zwei Monate vor den Landratswahlen ihre entspre-

chenden Anstrengungen. So organisieren die Gewerbe- und Industrievereine in ihren jeweiligen Regionen beispielsweise Anlässe, an denen sich Kandidatinnen und Kandidaten aus den eigenen Reihen präsentieren können.

Vier konkrete Massnahmen

Das Engagement der Gewerbe- und Industrievereine entspricht den Zielen, welche in der sogenannten Polit-Charta der KGIV festgehalten wurden. Das Dokument wurde erstmals 2014 von den Verantwortlichen der GIV unterzeichnet und am KMU Networking-Grill der Wirtschaftskam-

mer vom 22. August 2018 erneuert. Gemäss Polit-Charta sollen vier konkrete Massnahmen das Baselbieter Gewerbe auf dem politischen Parkett stärken:

Erstens geht es um eine allgemeine politische Sensibilisierung. Durch regelmässige Treffen mit politischen Instanzen und Parteien soll die Vernetzung zwischen KMU-Wirtschaft und Politik verbessert werden. Auch sachpolitische Inhalte sollen vermittelt werden.

Zweitens organisieren die GIV periodisch einen wirtschaftspolitischen Event. Dabei werden sie von der Wirtschaftskammer unterstützt.

Drittens ist gemäss der KGIV-Polit-Charta der politische Nachwuchs zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, bestimmen die GIV «für kommunale und kantonale politische Ämter» aktiv aus ihren eigenen Reihen mögliche Kandidierende, «welche die Interessen des Gesamtvereins vertreten».

Entsprechende Kandidierende werden von ihren Vereinen gefördert und erlangen durch Teilnahme an Anlässen und Präsenz in den diversen Kommunikationskanälen den für eine Wahl notwendigen Bekanntheitsgrad, heisst es in dem Dokument weiter. Die in diesen Tagen ge-

startete Kampagne der GIV im Zusammenhang mit den Landratswahlen vom kommenden 31. März zielt in diese Richtung.

Viertens leisten die GIV die nötige Unterstützung für die konkrete Kampagnenführung der Kandidierenden aus ihren Reihen.

GIV stellen Kandidierende vor

Für die von den GIV unterstützten Kandidierenden ist der 28. Februar 2019 ein wichtiges Datum. Dann stellen sie im Haus der Wirtschaft «ihre» Anwärter vor. Die Diskussion steht dann unter dem Titel «was ist kmu-freundlich?» *Daniel Schindler*

WETTBEWERBSRECHT – Mehr als anderthalb Jahre nachdem die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) eine wettbewerbsrechtliche Überprüfung des Terminalprojekts GBN empfohlen hat, schaltet sich nun die Wettbewerbskommission ein.

Gateway Basel Nord – Wettbewerbshüter starten Prüfverfahren

Es gebe Hinweise, dass das Projekt Gateway Basel Nord (GBN) «das Resultat eines missbräuchlichen Verdrängungswettbewerbs sein könnte», sagte Prof. **Patrick Krauskopf** bereits im Juni 2017 (Standpunkt Nr. 447). SBB Cargo könnte als Nachfragerin der Terminalleistungen selbst die Kontrolle über den Markt für Containerumschlag erlangen, so der ehemalige Vizedirektor der Wettbewerbskommission und heutige Leiter des Zentrums für Wettbewerbs- und Handelsrecht der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW).

Problematisch sei, dass ein staatliches Unternehmen in einen funktionierenden Wettbewerb unter bestehenden privaten Anbietern eingreife und dabei in den Genuss von Subventionen komme, sagte Krauskopf damals.

Grossprojekt unter der Lupe

Im Januar 2019 nun hat seine frühere Arbeitgeberin, die Schweizerische Wettbewerbskommission (WEKO), das Prüfverfahren gestartet. Mitte Februar entscheidet sich, ob die

WEKO für das umstrittene Projekt grünes Licht gibt oder eine vertiefte Prüfung vornimmt. Laut Krauskopf war es von Anfang an angezeigt, GBN unter die Lupe zu nehmen.

Zusammen mit seinem Team hatte er 2017 eine Studie zu den kartellrechtlichen Implikationen des Projekts GBN verfasst. Die Wirtschaftskammer hatte den Auftrag zur wissenschaftlichen Überprüfung des Projekts an die ZHAW gegeben, nachdem dieses innerhalb der Mitgliederbasis zu kontroversen Diskussionen geführt hatte.

Private Anbieter gefährdet

Im Anschluss an die Präsentation seiner Arbeit gab Studienleiter Krauskopf damals gegenüber dem Standpunkt zu Protokoll, es sei «überraschend», dass die möglichen Wettbewerbsverzerrungen von der Politik nicht thematisiert würden. «Private Terminalbetreiber scheinen doch durch das Projekt in signifikantem Ausmass gefährdet zu werden.» Krauskopf sprach insbesondere von der Baselbieter Terminalbetreiberin Swissterminal. *Daniel Schindler*



Äusserte im Standpunkt der Wirtschaft schon 2017 wettbewerbsrechtliche Bedenken im Zusammenhang mit dem Terminalprojekt GBN: der ehemalige WEKO-Vizedirektor, Prof. Patrick Krauskopf von der ZHAW. Bild: Archiv